

## 2. Neudruck

### Antrag

des Abgeordneten Christoph Schulze (BVB / FREIE WÄHLER Gruppe),  
der Abgeordneten Iris Schülzke (BVB / FREIE WÄHLER Gruppe) und  
des Abgeordneten Péter Vida (BVB / FREIE WÄHLER Gruppe)

### **Vollständige Dienstleistungsliberalisierung durch Freihandelsabkommen TTIP verhindern (V)**

#### **Der Landtag stellt fest:**

Anders als z. B. im Rahmen der WTO arbeiten TTIP und CETA mit einem allgemeinen Liberalisierungsgebot, von dem nur auf Wunsch einer der beiden Verhandlungsseiten einzelne und abschließend beschriebene Dienstleistungen ausgenommen werden können (Negativlisten-Prinzip).

Ein derartiges Liberalisierungsgebot führt zu einem Liberalisierungsdruck im gesamten Dienstleistungsbereich, der auch die Dienstleistungen von allgemeinem Interesse (Daseinsvorsorge) erfassen würde. Die im EU-Verhandlungsmandat enthaltene Aussage, die hohe Qualität der öffentlichen Versorgung durch Dienste von allgemeinem Interesse erhalten zu wollen, wird damit unterlaufen. Gleiches gilt für die kulturelle Vielfalt und Dienstleistungen des kulturellen Sektors allgemein.

#### **Der Landtag möge beschließen:**

1. Der Landtag Brandenburg fordert die Landesregierung auf, in allen Gesprächen mit Vertretern der Bundesregierung auf eine Rückkehr zum bisherigen Prinzip der Positivlisten bei der Liberalisierung von Dienstleistungen hinzuwirken.
2. Der Landtag Brandenburg fordert die Vertreter des Landes Brandenburg im europäischen „Ausschuss der Regionen“ auf, gemeinsam mit den europäischen Partnern gegenüber den Organen der Europäischen Union und insbesondere der Europäischen Kommission auf eine Rückkehr zum bisherigen Prinzip der Positivlisten bei der Liberalisierung von Dienstleistungen hinzuwirken.

## **Begründung:**

Die sehr unterschiedlichen Definitionen von Dienstleistungen der Daseinsvorsorge zwischen WTO, USA, EU und Mitgliedsländern wie z. B. Deutschland drohen zum Ansatzpunkt (z.B. im Rahmen von Investor-Staat-Schiedsgerichtsverfahren) für eine weitere Liberalisierungswelle der öffentlichen Dienstleistungen zu werden. Darüber hinaus sind neue Dienstleistungen (wie z.B. in den letzten Jahren IP-TV) nach dem Negativlisten-Prinzip per se liberalisiert. Noch gar nicht bekannte Verbreitungswege z. B. für künstlerische Inhalte können durch Negativlisten nicht geschützt werden und werden daher per se in die Liberalisierung einbezogen. Die Rückkehr zum bisherigen Prinzip der Positivlisten ohne Erwähnung der Daseinsvorsorge ist daher erforderlich.

Das im letzten Jahr reformierte europäische Vergaberecht und die darin enthaltenen Erleichterungen für die Inhouse-Vergabe und die interkommunale Zusammenarbeit sowie die Bereichsausnahmen dürfen durch die Freihandelsabkommen nicht in Frage gestellt werden.

Darüber hinaus deuten die bisherigen Informationen darauf hin, dass die Rücknahme zeitweise privatisierter Bereiche in die öffentliche Daseinsvorsorge so sehr erschwert wird, dass damit Dienstleistungsliberalisierung nur als One-Way Entwicklung zugelassen wird. Vor diesem Hintergrund dürfen sogenannte Stillstands- und Ratchet-Klauseln, die Liberalisierungsniveaus festschreiben würden, nicht Gegenstand von Freihandelsabkommen sein.

Iris Schülzke  
BVB / FREIE WÄHLER Gruppe

Christoph Schulze  
BVB / FREIE WÄHLER Gruppe

Péter Vida  
BVB / FREIE WÄHLER Gruppe